

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

selten hat sich in Berlin innerhalb von drei Monaten so viel bewegt wie im letzten Quartal. Schauen wir uns die Ereignisse doch einmal der Reihe nach an:

Im Dezember schlugen fast 70 unserer Kollegen Alarm und warnen vor dem Bildungs-Bankrott, weil sie eine Ghettoisierung des Bezirkes Mitte sehen. Der Migrantenanteil liege hier bei 90 Prozent, der Anteil von „sozial benachteiligten Familien“ bei 65 Prozent, heißt es im Brief der Schulleitungen unter anderem an Wowereit, an den Bezirksbürgermeister, an Bildungssenator Jürgen Zöllner und Finanzsenator Thilo Sarrazin (beide SPD). Die Direktoren schreiben über „Schuldistanz, Schulabbrecher, Analphabetentum“ - und davon, dass ihre Schulen zu wenig Geld bekämen, um den Problemen zu begegnen, zu wenig Lehrer und zu wenig Hausmeister. So könnten sie ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen. „Gute Schüler fliehen in Scharen aus dem Bezirk“, erklären die Schulleiter, viele wechseln demnach an Privatschulen. Leere öffentliche Kassen und die finanzielle Not vieler Eltern führten zu der Notlage der Schulen, sagte Jens Großpietsch, Schulleiter der Heinrich-von-Stephan-Oberschule im Stadtteil Tiergarten. Ein Portrait dieses außergewöhnlichen Kollegen finden Sie ja im Mantelteil dieser Ausgabe von b:sl Beruf: Schulleitung, auf den Seiten 32/33. Zehn Tage später werden diese Kollegen von Bildungssenator Zöllner empfangen, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU) war schneller und empfing eine Delegation der Schulleitungen im Bundeskanzleramt noch vorher. Konkrete Hilfen für die Schulen wie z.B. zusätzliches Personal, Sozialarbeiter u.ä., wurde allerdings nicht beschlossen. Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer stellte fest, dass im Nationalen Integrationsplan festgelegt worden sei, dass Schulen in sozialen Brennpunkten spezifische Mittel erhalten. Dazu gehörten die Senkung der Klassenfrequenzen, die Erhöhung des Lehrpersonals sowie die Unterstützung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeit, sagte Böhmer. Die Staatsministerin forderte Berlin und die anderen Bundesländer auf, diese Zusagen einzuhalten. Es rumort an der Oberfläche, die Berliner Parteien beschäftigen sich (endlich) mit den Problemen an den Schulen.

So weit, so ungut.

Anfang Januar bestimmte dann einen offenen Briefjünger Berliner Lehrerinnen und Lehrer die Regionalschulleitungen. Sie forderten in ihrem dreiseitigen Schreiben ihre sofortige Verbeamtung. Und weiter: „Unter den seit 2003 eingestellten und nicht mehr verbeamteten Lehrkräften hat die Unzufriedenheit über die Beschäftigungssituation bereits eine kritische Grenze überschritten“, heißt es in dem Schreiben. „In Berlin besteht ein frustrierender und motivationshemmender Einkommensunterschied von etwa 500 bis 700 Euro innerhalb desselben Lehrerzimmers - bei gleicher Tätigkeit, gleicher Ausbildung und auch gleichem Lebensalter.“

Die diesjährige Mitgliederversammlung des IBS findet am 28. April 2009 um 18.00 Uhr im Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29, 10178 Berlin statt. Neben der Vorstandswahl werden die aktuellen politischen Gegebenheiten in die Tagesordnung Eingang finden. Der Vorstand freut sich auf zahlreiches Erscheinen!

Der Protest der angestellten Berliner

Junglehrer gegen ihre schlechte Bezahlung zahlte sich relativ schnell aus. Der Senat beschloss am 17. Februar, angestellten Lehrern monatlich brutto bis zu 1 200 Euro mehr Geld zu zahlen. „Wir haben damit das Gehaltsgefälle zu anderen Bundesländern deutlich reduziert“, sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Eine Verbeamtung wurde jedoch auch für die Zukunft ausgeschlossen.

Und nun Teil drei der wesentlichen Berliner Ereignisse in Sachen Schulpolitik:

Die bereits im Herbst letzten Jahres von Zöllner vorgeschlagene Schulreform wird nun umgesetzt und erregt allenthalben und vielerorts die Betroffenen. Die Umsetzung wird aufgrund der Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes nun eilig und zum Teil wenig sinnvoll in Angriff genommen. Abgesehen davon, dass nach den vielen Reformen der vergangenen Jahre eine Phase der Ruhe und der Normalität den Berliner Schulen gut getan hätte, ist das derzeitige Vorgehen der Senatsverwaltung auch nicht strategisch sinnvoll zu nennen: Normalerweise hätte die Senatsverwaltung die Schulreform ausführlich diskutieren sollen – auch mit den Schulleitungen in Berlin -, danach das Schulgesetz ändern und dann erst mit den Baumaßnahmen beginnen sollen. Inzwischen sieht es so aus, dass die Baukräne praktisch schon anfahren, bevor überhaupt die gesamte Planung bis ins Detail erstellt wurde und das nur, weil in gut zwei Jahren über 300 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II des Bundes und aus Landesmitteln verbaut werden müssen. Hinzu kommt, dass bis zu 40 Schulstandorte geschlossen werden sollen und etliche Schulen in andere Gebäude umziehen.

Aber auch bei der Gesamtfinanzierung liegt noch einiges im Argen. Da diese noch nicht fest steht (die Mittel aus dem Konjunkturpaket II dürfen nur in Baumaßnahmen investiert werden), steht noch nicht fest, wie viele Sozialarbeiter, Erzieher oder gar Lehrer etwa für die Ganztagsbetreuung eingestellt werden. Hinzu kommt der verrückte Zeitplan: Das Schulgesetz muss für diese Schulstrukturreform geändert werden. Das wird laut Bildungsverwaltung aber erst im April 2010 abgeschlossen sein, aber schon ab dem neuen Schuljahr 2010/2011, also im Sommer 2010, soll die Reform in Kraft treten. Es ist stark zu bezweifeln, ob die Senatsverwaltung diesen engen Terminplan einhalten kann.

Und was bedeutet dies für die Schulleitungen in unserer Stadt?

„Kommt darauf an“, würde Radio Eriwan antworten. Gymnasien können kaum mit Geldern aus dem Konjunkturpaket rechnen, da die Bildungsverwaltung das Geld vorwiegend in die neue Sekundarstufe investieren

wird. Es wird also weiterhin Schulleitungen geben, die auch nach dem warmen Geldregen in maroden Schulen guten Unterricht machen müssen.

Derzeit nicht besetzte Schulleitungsstellen werden so schnell auch nicht besetzt werden. Damit lässt die Bildungsverwaltung weiterhin Schulen ohne Schulleitung. Hintergrund: Mit der Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Sekundarstufe werden zum Schuljahr 2010/11 auch Schulleiter frei, die dann in den Überhang geraten. Um die Leitungskräfte aus dem Überhang unterzubringen, werden Besetzungsverfahren jetzt aufgeschoben.

Da die Mittel aus dem Konjunkturpaket II zweckgebunden für Bau- und Modernisierungsmaßnahmen eingesetzt werden müssen, fordern wir die Bildungsverwaltung auf, die so im Landeshaushalt nicht benötigten Mittel in die personelle Ausstattung der Schulen zu investieren. Berliner Schulleitungen brauchen Sekretärinnen, Hausmeister, Sozialarbeiter, Erzieher und sachgerechte Ausstattungen, um das im Grundgesetz verbrieft Grundrecht auf Bildung für alle umzusetzen. Nur so lassen sich in Zukunft Brandbriefe wie der der Kollegen aus Berlin-Mitte vermeiden.

Heinz Winkler, Vorstand

Kurznachrichten / Presseschau

Mutlu fordert Bildungsoffensive in Berlin

Der bildungspolitische Sprecher der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Özcan Mutlu, hat eine Bildungs- und Sprachoffensive für ganz Berlin gefordert. Der Senat müsse mit seiner „Flickschusterei“ aufhören, sagte er im rbb-Inforadio.

Die Schulen brauchten mehr und besser geschultes Personal. Lehrer müssten in ihrer Ausbildung aber auch lernen, wie man Klassen unterrichtet, die zu 80 oder 90 Prozent aus Migrantenkindern bestehen. Notwendig seien mehr muttersprachliche Lehrkräfte. Auch die Eltern müssten stärker in die Schulproblematik einbezogen werden.

Step into future

Bereits zum fünften Mal fördert steps-into-future Projekte, die Jugendlichen Möglichkeiten der Berufsorientierung bieten, sie gleichzeitig in der Anwendung von moderner Medientechnik qualifizieren und zur Gestaltung eigener medialer Produkte befähigen. Geboten werden sowohl finanzielle Hilfen als auch Vermittlung von Medienexpertinnen und -experten zur Unterstützung bei der Durchführung von Medienprojekten.

Die Ausschreibung, alle Informationen und die Bewerbungsunterlagen gibt es auf <http://www.steps-into-future.de> und <http://www.jugendnetz-berlin.de>

Engagierte Bürger gesucht: einheitspreis 2009

Seit 2002 ehrt die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb mit dem „einheitspreis – Bürgerpreis zur Deutschen Einheit“ alljährlich beispiel-

haftes bürgerschaftliches Engagement beim Zusammenwachsen von Ost und West. Auch im Jubiläumjahr 2009, 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, wirft der einheitspreis die Frage auf, wie sich diese Einheit entwickelt hat und wer sich für sie engagiert hat. Inzwischen zum achten Mal sucht die bpb Beiträge von Bürgern und Initiativen, die den deutschen Einigungsprozess gestalten. Seit dem vergangenen Jahr werden zudem Menschen und Projekte prämiert, deren Engagement das Zusammenwachsen von Ost und West in Europa fördert. Bis zum 15. August 2009 können Bewerbungen in den drei Kategorien „Menschen“, „Kultur“ und „Jugend“ für den einheitspreis 2009 eingereicht werden.

Girls' Day 2009

Am 23. April können Mädchen aller Schultypen ab Klasse 5 die Vielfalt der Berufe in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Informatik und im Handwerk entdecken. Das Berliner Aktionsbündnis, ein Zusammenschluss von Behörden, Kammern und Verbänden, ruft zum Girls' Day 2009 auf. Die Schülerinnen können sich jetzt anmelden. Im vergangenen Jahr nahmen in Berlin etwa 8400 Mädchen teil. Weitere Informationen: www.girlsday-berlin.de

Neuköllner gewinnen bei Kochwettbewerb

Vier Neuköllner Schülerinnen ließen ihrer Freude über einen großartigen Erfolg freien Lauf. Rabia Akdeniz, Kübra Bozkir, Jenni Dochann und Jessica Lorenz von der Röntgen-Schule siegten im Landesfinale Berlin des bundesweiten Jugendkochwettbewerbs ERDGASPOKAL der Schülerköche. Ihr dreigängiges Menü „Von ganzem Herzen“ brachten die vier Mädchen in der gut zweistündigen Wettkampfzeit so beherzt und perfekt auf die Teller, dass sich die Konkurrenten von der Schule

Bitte melden Sie Umzüge oder sonstige Änderungen unserer Geschäftsstelle:
Herr Gerd KNOPPICK, Invalidenstraße 123, 10115 Berlin, Tel. 5 43 60 49, Fax 54 98 36 25
E-Mail g.knoppick@ibs-verband.de

am Zwickauer Damm Neukölln und von der Louise-Schroeder-Schule Spandau geschlagen geben mussten.

AKTION BERLIN

Das Jugendprogramm AKTION BERLIN bei respectABel ist wieder gestartet, es können Anträge von lokalen Initiativen sowie von freien und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit, Schulen, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen eingereicht werden. Das Förderprogramm ist darauf gerichtet, junge Menschen in Berlin zu ermuntern bzw. sie darin zu bestärken, sich aktiv für Toleranz im Umgang miteinander und gegenüber anderen Menschen sowie gegen fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und Gewalt einzusetzen. Antragsschluss ist der 17. April.

Neues Fortbildungsprogramm für Schulleitungen

Gute Schule muss ein Anliegen von Schulleitungen sein. Diesem Grundsatz entsprechend, hat die IBS einen Zertifikationskurs von insgesamt 17 aufeinander abgestimmten Modulen entworfen. Das Kursleiterteam, das sich aus vier Schweizern, einer Berlinerin und einem Berliner zusammensetzt, will aber mehr erreichen als lediglich handwerkliches Rüstzeug zu vermitteln. Die Kurse sollen Schulleitungen die Sicherheit geben, ihr zu Führungsverhalten stärken und sie davon überzeugen, dass sie den besten aller Jobs gewählt haben oder als Berufsziel anstreben.

Weitere Informationen: www.ibs-fortbildung.de

Sehr schönen guten Morgen, Frau Lehrerin!

Baden-Württemberg plakatiert in Berlin, um Lehrer abzuwerben.

Intro: „Sehr guten Morgen, Frau Lehrerin“. „Sehr guten Morgen, Herr Lehrer“. Mit diesen Slogans hat Baden-Württemberg Anfang Februar eine Kampagne gestartet, die für Unmut sorgt. Das Ziel: Junglehrerinnen und Junglehrer in anderen Bundesländern anzuwerben. Auch hier in Berlin sind die Plakate am Straßenrand und an den Bahnhöfen noch immer zu sehen.

400 Lehrkräfte fehlen den Baden-Württembergern an den Gymnasien, 200 weitere an den beruflichen Schulen. Vor allem in Physik, Chemie und Mathematik, aber auch in Latein besteht Bedarf. 375.000 Euro lässt sich das südliche Bundesland die Kampagne kosten. Für Plakate, Zeitungsannoncen und einen Internetfilm, in dem der berühmteste deutsche Paukerfilm verwurstet wird: die „Feuerzangenbowle“ mit Heinz Rühmann.

Damit verschärft das Ländle den Abwerbungswettbewerb unter den Bundesländern weiter - zum Ärger der Ostländer und vor allem der klammen Hauptstadt Berlin. Denn neben den Baden-Württembergern buhlen auch Länder wie Hessen und Hamburg um Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Deutschland. Im Vergleich zu Berlin, wo Lehrer seit 2004 nur noch Angestellte sind, können sie die Junglehrer mit Verbeamtung locken - und mit bis zu 800 Euro Nettoeinkommen mehr im Monat. Dazu kommt Unterstützung beim Umzug und Wohnungssuche.

Den Berliner Senat bringt die Abwerbungswelle in arge Bedrängnis, vor allem in Fächern wie Mathematik und Physik fehlen Pädagogen.

In der Faschingszeit konterte dann auch der Senatsschuldirektor: Flugs

wurde ein kleines Plakat mit der Überschrift „Hegel, Einstein und Sie. Wenn Schwaben etwas werden wollen, kommen sie nach Berlin“ entworfen. Dies soll jedoch eine einmalige karnevalistische Aktion bleiben, berichtete Zöllner. Für weitere Kampagnen sei Berlin zu arm. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) verlangt deshalb, dass sich die Länder auf eine Obergrenze bei der Bezahlung verständigen. „Wenn wir 500 Euro draufpacken, packt der nächste 600 drauf“, beschwerte sich Wowereit jüngst. „Wo soll denn die Spirale enden?“ Doch nur fünf Bundesländer haben sich bisher für einen gemeinsamen Weg ausgesprochen.

„Die Abwerbekampagnen sind verantwortungslos“, sagt auch Marianne Demmer, Schulexpertin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). „Es kann nicht sein, dass die reichen Länder sich nach Bedarf versorgen, während die ärmeren Länder in die Röhre schauen und in den Schulen dort die Lehrer fehlen.“ Der Lehrermangel gefährdet den Unterricht an den Berliner Schulen. Anderen Bundesländern fehlen auch Lehrer. Baden-Württemberg und Hamburg gehen nun in die Offensive. Sie wollen die Berliner sofort anheuern.

Hamburger Schulverwaltung: „Wir verbeamten sofort“

Die Sprecherin der Hamburger Schulbehörde, Annegret Witt-Barthel, sagte dem Tagesspiegel: „Wir suchen verstärkt in den Mangelfächern Mathe, Physik und Latein. Im Gegensatz zu Berlin verbeamten wir auch Junglehrer sofort.“ In Berlin werden seit 2004 Lehrer nicht mehr verbeamtet, vor allem um die Pensionslasten einzudämmen.

Kultusministerkonferenz schaltet sich ein

Wo die öffentlichen Kassen leer sind, sollten auch keine Lockangebote verteilt werden. Die klammen Bundesländer dringen deshalb auf der KMK-Konferenz auf eine bundeseinheitliche Regelung für die Besoldung von Lehrern. Gemeinsame Eckdaten sollen erarbeitet werden - eine Sisyphos-Arbeit im Flickenteppich der Länder-Schulpolitik. Gelder nach Gutsherrenart zu verteilen, „ist doch keine Strategie“, kritisiert Henry Tesch (CDU), Bildungsminister in Mecklenburg-Vorpom-

mern und derzeit Chef der Kultusministerkonferenz. Niedersachsen ist für einen freien Arbeitsmarkt für Lehrer, Hessen drückt auf die Bremse. „Ich halte nichts davon, dass wir uns gegenseitig die Berufsanfänger wegnehmen“, sagt Ministerin Dorothea Henzler. Sie schlägt eher eine bundesweite Imagekampagne vor, damit wieder mehr den Beruf ergreifen.

Dabei ist der Druck, sich zu einigen, groß. Denn die Länder haben alle das gleiche Problem: Nach Berechnungen des Deutschen Lehrerverbandes fehlen derzeit etwa 20.000 Pädagogen in Deutschland, das Durchschnittsalter liegt bei um die 50. Und es wird noch schlimmer: Jeder dritte geht in den kommenden zehn Jahren in Rente. Durch die Entscheidung, Klassen zu verkleinern und offene Stellen endlich wieder zu besetzen, haben einige Länder einen enormen, zusätzlichen Bedarf. Ohne neue Lehrer leidet der Wirtschaftsstandort Deutschland, befürchtet sogar der Verband. Die Werbekampagnen der Länder seien deswegen „legitim“, sagt Verbandspräsident Josef Kraus.



Baden-Württemberg plakatiert in Berlin, um Lehrer abzuwerben.